

# an alle!



## Gute und bezahlbare Wohnungen jetzt!



Immer mehr Menschen in Bremen und Bremerhaven wissen nicht, wie sie ihre Mieten bezahlen sollen. Zudem steigen ständig die Nebenkosten, während Einkommen und Sozialleistungen gleich bleiben oder sinken. Menschen die umziehen wollen oder müssen, finden kaum noch eine neue Wohnung. Die Folgen sind insbesondere in den zentrumsnahen Stadtteilen direkt spürbar

- Menschen mit weniger Geld werden zunehmend in städtische Randgebiete verdrängt oder müssen schlechtere Wohn- und Lebensverhältnisse in Kauf nehmen. Der knappe Wohnraum in den begehrten Lagen wird so zum lukrativen Spekulationsobjekt. Es entstehen getrennte Reichen- und Armenviertel. Eine soziale und kulturelle Durchmischung der Bevölkerung in den Wohnquartieren ist aber die

Basis für eine gute Integration aller sozialen Gruppen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Die aktuelle Wohnungskrise ist seit vielen Jahren absehbar, wird aber durch den vermehrten Zuzug von geflüchteten Menschen verschärft. Die verschiedenen vom Wohnungsmangel betroffenen Gruppen haben dieselben Bedürfnisse und dürfen politisch nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Wohnen ist ein Grundrecht und kann nicht allein den Gesetzen des Marktes überlassen werden. Es ist an der Zeit, endlich gegenzusteuern. Wir fordern, dass wieder direkt in den öffentlichen Bau und die öffentliche Bewirtschaftung von dauerhaft preiswertem Wohnraum investiert wird. Leerstehende Immobilien müssen notfalls beschlagnahmt werden. Städtisches Bauland soll vorrangig für günstigen Wohnraum genutzt werden. Unterkünfte in Leichtbauweise, wie sie derzeit für die Notunterbringung von Geflüchteten errichtet werden, dürfen nicht der Einstieg in eine dauerhafte Absenkung der Wohnqualität für Haushalte mit weniger Einkommen werden.

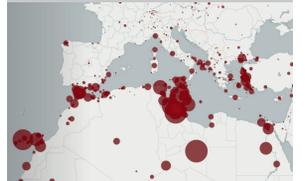
**Wir brauchen eine solidarische Wohnungspolitik, die sich an den Bedürfnissen der Bremer Stadtbevölkerung orientiert statt an den Renditeträumen von Investoren.**

„Die Flucht dauerte sechs Monate“



Mit 16 aus Afghanistan nach Deutschland geflohen. Ein Interview mit Mahadi: Seite 7

### Faktencheck



Wieviele Menschen fliehen eigentlich - und wohin? Und was kostet eigentlich die „Festung Europa“? Unser Faktencheck: Seite 4

### Deutsche auf der Flucht



Deutschland ist ein Einwanderungsland, klar. Es war aber auch immer schon ein Auswanderungsland. Mehr dazu: Seite 5

## Zuwanderung? Ja, bitte!

„Hilfe, wir schrumpfen!“ Das konnte man sich jahrelang anhören. Rentenkürzungen, Schulschließungen, politische Untätigkeit auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt: Es gab fast nichts, wofür das Argument der „demografischen Wende“ nicht herhalten musste. Die Bevölkerung nimmt ab, hieß es, es gibt zu wenige junge Leute; Läden und Betriebe werden schließen, keiner mehr da, der im Alter unsern Rollstuhl schiebt. Das war alles übertrieben, aber auch nicht nur falsch. Seit 2003 ging die Einwohnerzahl Deutschlands tatsächlich zurück. Seit 25

Jahren sterben in Deutschland jedes Jahr gut 100.000 Menschen mehr, als geboren werden. Viele Fach- und Interessenverbände sind sich seit langem einig: Deutschland braucht Zuwanderung. Eine halbe Million Zuwander\*innen netto pro Jahr: Das war die Zahl, die vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung bis zur Bertelsmann-Stiftung gehandelt wurde. „Netto“ heißt: Es müssen deutlich mehr kommen als eine halbe Million pro Jahr. Denn von denen, die kommen, gehen auch viele nach ein paar Jahren zurück. Nun ist sie da, die Zuwanderung. Dass sie so plötzlich zugenommen hat, liegt auch

darin, dass die Bundesregierung lange versucht hat, die Grenzen dicht zu halten. 2013, im dritten Jahr des verheerenden syrischen Bürgerkriegs, waren bereits Millionen Menschen auf der Flucht aus Syrien. Deutschland nahm 2013 gerade einmal 2.000 davon auf. Im Mittelmeer ertranken in den Jahren zwischen 2000 und 2014 mehr als 20.000 Menschen beim Versuch, nach Europa zu flüchten. Dennoch weigerte sich die Bundesregierung noch im Oktober 2014, das italienische Seerettungsprogramm „Mare Nostrum“ zu unterstützen. Das hört heute keiner mehr gern.

Man hätte also schon viel früher damit anfangen können und müssen, mehr neue Wohnungen zu bauen und zusätzliche Leute in der Sozialverwaltung einzustellen. Allen Unkenrufen zum Trotz wirkt die Zuwanderung bereits wie ein Konjunkturprogramm, sie schafft Jobs und Nachfrage. Nur: Damit das so bleibt, muss jetzt auch öffentlich investiert werden. Ausgaben zu kürzen, war schon vorher falsch. Wenn die Bevölkerung wächst, ist Kürzen ein Katastrophenprogramm. Stattdessen muss dieses Wachstum und seine soziale Absicherung finanziell ausreichend ge-

stützt werden, auch mit öffentlicher Kreditaufnahme. Und es braucht dringend Umverteilung, Reiche und Unternehmen müssen sich stärker an den Kosten von Gesellschaft beteiligen. **Sich offen und positiv auf Zuwanderung einzustellen, ist als erstes ein Gebot der Verantwortung gegenüber Menschen in Not. Als zweites ist es auch ein Gebot der politischen und wirtschaftlichen Vernunft.**

\* Anmerkung zur Schreibweise: Um Geschlechtsidentitäten jenseits von »männlich« und »weiblich« zu kennzeichnen, wird in dieser Zeitung ein Sternchen (\*) als stilistisches Mittel verwendet.

## »Wir müssen die Ursachen der Flucht bekämpfen«

Gysis Bundestagsrede vom 1.10.2015 (Auszug)

Woher kommen die Flüchtlinge? Sie kommen aus nordafrikanischen Ländern und vor allem Syrien, dem Irak und Afghanistan. Was den Krieg in Afghanistan angeht, haben wir gleich gesagt, dass er falsch ist. Nichts in Afghanistan ist besser. Jetzt haben die Taliban sogar Kunduz erobert. Jetzt soll es wieder zurückerobert werden. Das heißt, es hat sich auch an den Herrschaftsstrukturen so gut wie nichts geändert. Ich sage es ganz klar: Woran erinnert uns Kunduz? Auch unsere Soldaten haben da Zivilisten getötet: Kinder und Frauen. Und auch unsere Soldaten wurden getötet, verletzt und sind traumatisiert. Das ist das Ergebnis des Afghanistan-Krieges. Genau das hätte man verhindern müssen.

In Syrien herrscht seit 2011 Krieg. Es gibt einen Konflikt zwischen den USA und Russland. Obama will Assad stürzen, Putin will es nicht. Aber wer führt den Kampf gegen den „Islamischen Staat“, die weltweit schlimmste Terrororganisation, ei-

gentlich am Boden? Es sind die Truppen von Assad und die Kurdinnen und Kurden. Aber die Kurdinnen und Kurden werden von der Türkei bombardiert. Das ist ein NATO-Partner. Dagegen wird kaum etwas gesagt. Auch das ist nicht hinnehmbar. Saudi-Arabien führt Krieg gegen den Jemen; das ist übrigens auch völkerrechtswidrig. Vor zwei oder drei Tagen ist dort eine Hochzeitsgesellschaft bombardiert worden. Es gab weit über 100 Tote; Kinder und Frauen waren darunter. Was aber machen wir? Deutschland liefert Waffen an Saudi-Arabien. Wann werden diese Verträge eigentlich endlich einmal eingestellt?

Wir müssen aber auch etwas gegen Hunger, Not und Armut tun. Ich will Ihnen sagen, wovon wir in Europa gelebt haben, auch wenn das viele nicht wahrhaben wollen: Wir haben in Europa davon gelebt, dass man in Afrika nicht wusste, wie wir leben. Wir haben alle die Bedeutung der technischen Revolution durch die Digitalisierung des Lebens un-



Dr. Gregor Gysi (DIE LINKE)

terschätzt. Jetzt weiß man auch in Afrika, wie wir leben. Da entstehen Fragen, und zwar Fragen, die auch zur Flucht führen. Wenn wir Hunger, Not und Armut also nicht wirksam bekämpfen, kann uns das Ganze überfordern.

Die Zahl der Flüchtlinge ist sehr groß. Ich danke allen Bürgerinnen und Bürgern, die dort eine sehr fleißige ehrenamtliche Arbeit leisten. Die Kehrseite: Es gibt tatsächlich besorgte Bürgerinnen und Bürger. Wir haben die Aufgabe, abstrakte Ängste abzubauen. Es gibt aber vor allem Rechtsextremismus und Rechtspopulismus von AfD bis Nazis, die versuchen, die Ängste zu schüren, zu vereinnahmen und zu radikalisieren. Die zahlreichen Anschläge auf Asylunterkünfte sind beschämend. Dagegen muss entschieden vorgegangen werden.

Aber auch die offizielle Politik, vor allem die CSU aus Bayern, betätigt sich als Stichwortgeberin. Die Überlegungen von Orban und Seehofer, wie man Flüchtlinge verhindert, sind nicht nur inhuman, sondern sie gehen auch nie auf. Flüchtlinge lassen sich von Zäunen nicht aufhalten. Seit Jahren fordert DIE LINKE für die ärmeren Schichten unserer Bevölkerung Dinge wie Wohnungsbau, eine andere Arbeitsmarktpolitik, insbesondere die Überwindung der prekären Beschäftigung und vieles mehr. Das gilt sowohl für die Flüchtlinge als auch für die armen Schichten unserer Bevölkerung. Wir fordern das immer für alle. Anders geht es nicht. Lassen Sie sich noch eins sagen: Es gibt Flüchtlinge. Die kann man nicht in Gute und Schlechte unterteilen. Wir müssen in erster Linie die Fluchtursachen bekämpfen.

## »Geflüchtete müssen selbst für ihre Interessen eintreten«



Sunday Omweneke (50) floh 1998 vor der nigerianischen Militärdiktatur nach Deutschland. Seit Oktober 2015 betreut er Geflüchtete in Bremen.

**Herr Omweneke, vor über 17 Jahren sind Sie selbst als Flüchtling nach Deutschland gekommen. Jetzt arbeiten Sie als Flüchtlingsbetreuer für einen Wohlfahrtsverband. Hätten Sie das erwartet?**

Nein, bestimmt nicht. Wie viele andere auch sollte ich schnellstmöglich abgeschoben werden. Teilhabe an der Gesellschaft war für uns nicht vorgesehen.

**Ist die Situation in Deutschland für Geflüchtete besser oder**

**schlechter als in anderen Ländern? Zum Beispiel in Großbritannien, wo Sie die letzten Jahre gelebt haben?**

In England leben sehr viele Asylsuchende wirklich im Elend. Die Regierung zieht sich völlig aus der Verantwortung zurück und überlässt die Fürsorge privaten Initiativen, lokalen Wohlfahrtsorganisationen und den Kirchen. In Deutschland wiederum gibt es die sogenannte Residenzpflicht, das Verbot, die Stadt oder den Landkreis zu verlassen. Das geht direkt zurück auf die nationalsozialistische „Ausländerpolizeiordnung“ vom 22. August 1938. Da sieht man schon, dass es trotz aller Willkommenskultur noch ein weiter Weg ist, die Menschenrechte von Geflüchteten anzuerkennen.

**Wie hat sich die Situation in Deutschland heute verändert – verglichen mit der Zeit, als Sie hier ankamen?**

Natürlich gab es damals keine „Willkommenskultur“. Andererseits erfuhren wir viel politische Solidarität. Als 2004 das „Zuwanderungsgesetz“ beschlossen wurde, das am gesellschaftlichen Ausschluss von Geflüchteten kaum etwas änderte, wurde das bundesweit von Protesten begleitet. Heute dagegen sind

viele der kritischen Stimmen praktisch aufgesogen worden, weil sie in die praktische Integrationsarbeit integriert werden. Weder gegen das „Asylpaket“ vom letzten Oktober noch gegen das nächste „Asylpaket“, das derzeit vorbereitet wird, hat jemand eine Großdemonstration angesetzt.

**Was sind aktuell die drängendsten Probleme für Geflüchtete in Bremen und Bremerhaven?**

Wohnungen – ein Weg raus aus den Zelten und Turnhallen. Bessere Bildungsmöglichkeiten und Zugang zu psychologischer Betreuung. Ein großes Problem ist die willkürliche Altersfestsetzung, mit der geflüchtete Jugendliche „erwachsen“ gemacht werden. Generell fehlt den Menschen eine Perspektive, ein Gefühl, dass tatsächlich eine Zukunft für sie bereit steht.

**Wie können Geflüchtete ihre Probleme und Forderungen öffentlich machen?**

Ein wichtiger Schritt ist, dass Geflüchtete ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und selbst für ihre Interessen eintreten. Das erfordert, dass sie mit dem Trauma von Flucht und Verfolgung fertig werden und das Gefühl von Angst, Unsicherheit, Erniedrigung und Einschüchterung überwinden.

Es gibt erfolgreiche Beispiele, was mit Selbstorganisation erreicht werden kann. Die „Karawane für die Rechte der Flüchtlinge“ oder das „VOICE Refugee Forum“ sind so entstanden. Wenn die Geflüchteten für sich selbst sprechen, stellen sie oft Probleme und Forderungen in den Mittelpunkt, die sonst kaum eine Rolle in der Debatte spielen. Die Kampagne gegen die Residenzpflicht oder gegen die Lebensmittelgutscheine hätte es ohne Selbstorganisation nicht gegeben.

**Wird die neue Zuwanderung Deutschland verändern?**

Ich glaube schon. Bei vielen in Deutschland, die normalerweise nichts mit Flüchtlingen zu tun hatten, ist ein Gefühl entstanden, dass sie etwas tun müssen. Dadurch gibt es heute viel mehr Menschen, die in direktem, persönlichem Kontakt mit Geflüchteten stehen. Aber das kann sich auch schnell wieder ändern. Wir werden diese relative Offenheit nur aufrechterhalten können, wenn es genügend Stimmen gibt, die uns daran erinnern, dass es nicht darum geht, sich selbst auf die Schulter zu klopfen. Sondern um das grundlegende Menschenrecht, frei zu entscheiden, wo man leben will.

**Vielen Dank für das Interview.**

# Übergriffe gegen Frauen an Silvester

Wir müssen über sexuelle Gewalt in unserer Gesellschaft sprechen – ohne Rassismus



Die massiven sexuellen Übergriffe auf Frauen, die in der Silvesternacht in verschiedenen Städten in Deutschland stattfanden, haben eine notwendige Diskussion über Sexismus und Gewalt gegen Frauen ausgelöst. Eine generelle Auseinandersetzung mit dem Thema ist wichtig, denn Frauen sind in den verschie-

densten Alltagssituationen sexualisierter und verbaler Männergewalt ausgesetzt: auf traditionellen Volksfesten, im öffentlichen Raum, am Arbeitsplatz oder im privaten Umfeld. Diese Erfahrungen sind Bestandteil unserer immer noch stark patriarchal geprägten Gesellschaft. Selten ist die Empörung jedoch so groß wie jetzt, wo die Übergriffe zum großen Teil von Männergruppen mit migrantischem Hintergrund ausgeübt wurden. Die Umstände dieser Vorfälle müssen aufgeklärt, die Straftaten geahndet werden. Sie zum Anlass für rassistische Hetze und Forderungen nach mehr Ab-

schiebungen und Überwachung zu nehmen, ist nicht akzeptabel und wird dem Thema nicht gerecht. Die Vorkommnisse zeigen vor allem, dass sexuelle Übergriffe oder gar Vergewaltigungen konsequenter als bisher verfolgt und bestraft, Gesetzeslücken im Strafrecht geschlossen werden müssen – wie Frauenverbände seit Jahren fordern und wie es die „Istanbul-Konvention“ des Europarats vorsieht. Wir brauchen Strategien zur Prävention und zum Schutz vor sexualisierter Gewalt, und zwar solcher, die sich nicht vorrangig an die Frauen richten, sondern vor allem das Verhalten der Täter in den Fokus nehmen. Die Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die uns alle angeht – nicht erst seit den Geschehnissen an Silvester.



Wenn die Bevölkerung wächst, ist das für den Arbeitsmarkt eigentlich kein Problem. Mehr Leute kaufen ein, brauchen Wohnungen, Schulen und Kindergärten und schaffen dadurch Jobs – so, wie sie umgekehrt auch Arbeitsplätze brauchen. Das gilt auch bei Wachstum durch Zuwanderung.

Allerdings müssen alle dafür bereit sein, langfristig zu denken und unmittelbare Hürden abzubauen. Die hier Ankommenden haben Ausbildungen, die oft nicht anerkannt werden oder die ergänzt werden müssen, weil die Berufsprofile sich unterscheiden – oder weil hier andere Berufe gebraucht werden als die erlernten. Sie müssen die neue Sprache lernen und überhaupt alles, was notwendig ist, um sich zurechtzufinden. Ihre Kinder brauchen Schul- und Ausbildungsplätze, die erst geschaffen werden müssen. Sie brauchen ein Schulsystem, das mit Mehrsprachigkeit und unterschiedlichen kulturellen Hintergründen umgehen kann – oft auch mit traumatischen Erfahrungen. Menschen flüchten ja nicht freiwillig, sondern weil die Lebensbedingungen untraglich, gewaltsam, lebensgefährlich geworden sind.

Die öffentliche Hand ist daher gefordert. Wie in anderen vergleichbaren Situationen muss einiges aufgeboten werden, bis sich die Lage auf dem Arbeitsmarkt einpendelt: Öffentlich geförderte Beschäftigung, damit Menschen an Arbeitsstellen kommen, auch wenn der Markt es noch nicht hergibt. Weiterbildung, Sprachförderung. Das darf man nicht nur auf die Bundesregierung schieben, auch die Landesregierung muss handeln.

Was man nicht machen darf, ist: sogenannte „Standards“ senken. Den Mindestlohn aufheben, Tarife unterlaufen, unbezahlte Arbeit („Praktika“) zulassen, den Kündigungsschutz oder den Gesundheitsschutz lockern: Das macht die Arbeit letztlich für alle schlechter und unsicherer. Unterm Strich kommt es nicht so sehr darauf an, wie viele Menschen zusätzlich auf den Arbeitsmarkt kommen, sondern zu welchen Bedingungen. Auf die muss man achten. Niedriglöhne und Tariffahrt gibt es schon zu viel.

## Fluchtursachen bekämpfen! – Was heißt das eigentlich?

Es ist richtig, Fluchtursachen wie z.B. Krieg oder globalen Landraub abstellen zu wollen. In den aktuellen Debatten um die notwendige Bekämpfung von Fluchtursachen kursieren aber auch andere Vorstellungen. Die Bundesregierung versteht darunter, Migrationsbewegungen zu behindern oder vor den Grenzen Europas zum Stoppen zu bringen. Der aktuelle Deal zwischen der EU und dem türkischen Staatspräsident Erdogan ist hierfür ein Beispiel. Ähnliche Abmachungen wollen die europäischen Regierungen auch mit autoritären Herrschern in den nordafrikanischen Staaten treffen. Ursachen und Gründe für Flucht werden mit einer solchen Politik natürlich nicht behoben. Im Gegenteil. Verglichen mit den Summen für sinnvolle entwicklungspolitische

Maßnahmen, stehen die weltweiten Ausgaben für Waffen und Kriege in keinem Verhältnis. Allein der Krieg in Afghanistan hat bislang 2 Billionen Dollar gekostet. Ungerechte und ausbeuterische Formen von Agrar- und Fischereipolitik werden ebenso maßgeblich von den führenden Industriestaaten gegen die extrem armen Bevölkerungen des globalen Südens durchgesetzt wie einseitig wirtschaftsdienliche Freihandelsabkommen, die alles nur noch schlimmer machen. Seit 1990 sind 300 Millionen Menschen an Hunger und Unterernährung gestorben. Das UNO-Welternährungsprogramm ist skandalös unterfinanziert. Ebenso sind es die elenden Flüchtlingslager im Nahen Osten oder in Afrika. Gleichzeitig reicht die weltweit produzierte Menge

Nahrung locker aus, um alle Menschen zu versorgen. Diese Beispiele zeigen: Eine bedingungslos auf Profit und Wachstum zielende Wirtschaftsordnung zerstört nicht nur zwangsläufig Klima und Umwelt und produziert weitere Fluchtursachen, die sich heute erst langsam abzeichnen. Das Interesse der Unternehmen nach Kapitalverwertung, geteilt und unterstützt von den jeweiligen Regierungen, ist überhaupt der wesentliche Grund für globale Ungleichheit und ungleiche Verteilung von lebensnotwendigen Gütern. Fazit: Wenn von der notwendigen Abschaffung der Fluchtursachen gesprochen wird, kann man zu der immer wieder zugrundeliegenden Fluchtursache „Kapitalismus“ nicht schweigen.

## Mach mit, tritt ein!

DIE LINKE ist kein fester Kreis immer gleicher Personen, sondern eine Mitgliederpartei, die an ihren Aufgaben wachsen will. Damit wir nicht auf dem Erreichten stehen bleiben, werben wir um Dich: Um neue Mitstreiter\*innen, die Lust

haben, ihren Vorstellungen einer gerechteren Welt als Mitglied der LINKEN mehr Gewicht zu verleihen. Interesse? Einfach unter [info@dielinke-bremen.de](mailto:info@dielinke-bremen.de) melden und wir kommen ins Gespräch.



# Faktencheck Flucht

## Weltweit: 60 Millionen auf der Flucht (Stand: Juni 2015, Quelle: UNHCR)



### 1,8 Millionen Asylbewerber weltweit

Insgesamt haben 2015 rund 477.000 Asylsuchende einen Antrag in Deutschland gestellt. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr - aber immer noch nur ein Bruchteil von den 60 Millionen, die weltweit auf der Flucht sind.

Neben den Asylanträgen veröffentlicht das Bundesinnenministerium seit August 2015 auch die Zahl der Schutzsuchenden, die im EASY-Registrierungssystem erfasst sind. 2015 wurden demnach rund 1.092.000 Menschen auf der Flucht registriert. Allerdings wurden manche davon mehrfach erfasst, andere reisen weiter in benachbarte EU-Staaten.

### Warum sind so viele Flüchtlinge Männer?

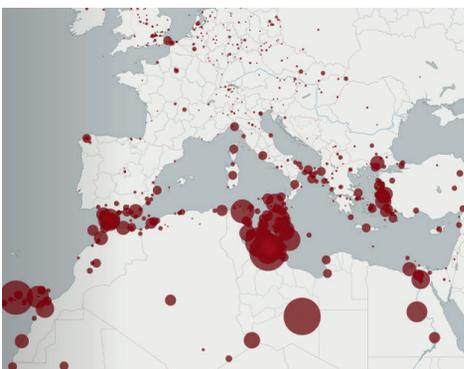
Stimmt gar nicht. Weltweit sind sogar etwas mehr Frauen als Männer auf der Flucht. Bei denen, die nach Europa fliehen - aus Syrien über die Landroute oder aus Afrika übers Mittelmeer - sind dagegen in der Tat zwei Drittel bis drei Viertel Männer. Teilweise entscheiden die Familien, eher die Männer den

hohen Risiken der Flucht auszusetzen, die dann die Frauen und Kinder per Familiennachzug nachholen sollen. Teilweise spielt aber auch die Gefahr eine Rolle, von einer der vielen Bürgerkriegsparteien als Soldat zwangsverpflichtet zu werden, oder die besonders hohe Arbeitslosigkeit junger Männer z.B. in Nordafrika.

### Asylanträge in Deutschland: Die 10 wichtigsten Herkunftsländer

Syrien	162.500
Albanien	55.000
Kosovo	37.000
Afghanistan	32.000
Irak	31.400
Serbien	27.000
Mazedonien	14.000
Eritrea	11.000
Pakistan	8.500

## Festung Europa: 23.000 tote Flüchtlinge seit dem Jahr 2000



Das Journalistenkollektiv [The Migrant Files](http://www.themigrantfiles.com) hat eine Datenbank mit allen öffentlich bekannten Fällen angelegt, in denen Menschen auf der Flucht nach Europa gestorben sind. Auf der Website [www.themigrantfiles.com](http://www.themigrantfiles.com) wurden die Todesfälle gesammelt und auf einer interaktiven Karte dokumentiert.

## Fluchtursachen:

### Krieg und Gewalt



96 Prozent der Syrer\*innen, 89 Prozent der Iraker\*innen und 92 Prozent der Eritreer\*innen, die in Deutschland ankommen dürfen hierbleiben. In Syrien herrscht Bürgerkrieg. Das Leben der Menschen dort ist akut in Gefahr. Auch im Irak ist Gewalt an der Tagesordnung. Im vergangenen Jahr wurden dort mehr als 10.000 Zivilisten getötet. Eritrea ist eine Militärdiktatur, wo Menschenrechte nichts gelten. Folter ist üblich,

regelmäßig werden Menschen ohne Gerichtsbeschluss hingerichtet. 400.000 Menschen aus Eritrea sind deswegen auf der Flucht.

### Armut und Diskriminierung auf dem Balkan



Sinti und Roma werden im Balkan systematisch diskriminiert. Sie erhalten keine Wohnungen, leben in Slums, haben nur mangelhafte Gesundheitsversorgung und kaum Zugang zur Bildung. Politiker hetzen öffentlich gegen sie.

Dass die Balkanstaaten generell für „sicher“ erklärt wurden, wird dazu führen, dass ehemals berechnete Asylbewerber\*innen abgeschoben werden. Es geht auch anders: In der Schweiz haben 2014 rund 37 Prozent der serbischen und 40 Prozent der kosovarischen Antragsteller einen Schutzstatus erhalten. Finnland gewährte 43 Prozent der Flüchtlinge aus dem Kosovo Schutz.

### Und so viel Geld kostet uns die „Festung Europa“: (Quelle: The Migrant Files)

Frontex (seit 2004)	1 Mrd. Euro
Eurosur (seit 2011)	200 Mio. Euro
Grenzschutz von Spanien und Griechenland (Schiffe, Drohnen, Geländefahrzeuge)	70 Mio. Euro
Wartung der Stacheldrahtzäune in Ceuta und Melilla (spanische Exklaven in Afrika)	10 Mio. Euro jedes Jahr
Abschiebungen aus Europa (seit 2000)	11 Mrd. Euro
<b>Durchschnittlich jedes Jahr:</b>	<b>1 Mrd. Euro</b>

# Welches Land nimmt die meisten Flüchtlinge auf?

Fakt ist: Die meisten Geflüchteten werden von Entwicklungsländern aufgenommen, zumeist den unmittelbaren Nachbarländern der Krisenstaaten. Nur ein geringer Teil erreicht die Industrieländer.

In Europa nimmt derzeit Deutschland die meisten Flüchtlinge auf – in absoluten Zahlen. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl haben dagegen bis vor kurzem andere europäische Länder weit

mehr Flüchtlinge aufgenommen. Die unten angegebenen Zahlen sind vom UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, und beziehen sich auf den Stand Mitte 2015 (erstes Halbjahr).

absolut	pro 1000 Einwohner	pro Dollar BIP
1. Türkei (1,8 Mio.)	1. Libanon (208)	1. Äthiopien (469)
2. Pakistan (1,5 Mio.)	2. Jordanien (89)	2. Pakistan (316)
...	...	...
19. Deutschland (0,25 Mio.)	43. Deutschland (3,1)	130. Deutschland (46)

Quelle: UNHCR (www.unhcr.org/statistics/mid2015stats.zip)

# Unter dem Existenzminimum

Immer wieder hört man das Gerücht, dass Geflüchtete mehr Geld vom Staat bekämen als Hartz-IV-Empfänger\*innen. Fakt ist, dass Geflüchtete nach Asylbewerberleistungsgesetz 359 Euro im Monat erhalten. Von dieser Summe werden aber nur 143

Euro in bar ausgezahlt, der Rest sind sogenannte Sachleistungen (z.B. Essen oder Kleidung). Wer Hartz IV bezieht, bekommt dagegen 404 Euro monatlich. Viel zu wenig, aber mehr, als Geflüchtete erhalten.

**DIE LINKE fordert eine Mindestsicherung von 1050 Euro**



# Deutsche auf der Flucht



**Wir kennen Deutschland als Einwanderungsland – von der Anwerbung von „Gastarbeitern“ in den 1960er Jahren bis zu Menschen, die heute vor Krieg und Not hierher fliehen. Doch Deutschland war selbst auch Auswanderungsland.**  
 Eine erste Auswanderungswelle wurde 1816 durch eine kurzfristige, aber dramatische Klimaveränderung ausgelöst: Der Vulkan Tambora im heutigen Indonesien war ausgebrochen und langlebige Aschewolken verdunkelten die Sonne. Die Folge waren Schneefälle bis in den Sommer und verheerende Ernteaussfälle. Das „Jahr ohne Sommer“ veranlasste vor allem in Süddeutschland viele zur Auswanderung.  
 Im 19. Jahrhundert gingen Millionen aus Deutschland in die USA, nach Australien und auch nach Russland. Durch die Modernisierung der Landwirtschaft, eine wachsende Bevölkerung und die industrielle Revolution verarmten Teile der

ländlichen wie der städtischen Bevölkerung. Viele von ihnen erhofften sich eine bessere Zukunft in Amerika, und wurden von den Nachrichten erfolgreicher Auswanderer bestärkt. In den USA standen die Grenzen für Menschen aus Europa in dieser Zeit offen. Oft zogen deutsche Auswanderer dort in die Nähe von Menschen, die zuvor aus denselben Städten und Dörfern aufgebrochen waren. Insgesamt wanderten bis 1914 rund sechs Millionen Deutsche in die USA aus. Mit Beginn des Nazi-Terrors in den 1930ern flohen dann Hunderttausende vor politischer oder religiöser Verfolgung. Viele kamen nicht weg, weil kein Land sie aufnehmen wollte: So auch die Familie der für ihr „Tagebuch“ berühmt gewordenen Anne Frank, die sich vergeblich um ein Visum für die USA bemühte. Sie scheiterten, wie zehntausende andere, an den neuen, strengen „Einwanderungsquoten“ der USA und fielen so den Nazis zum Opfer.



**So viel kosten...**

**Steuerflüchtlinge in Europa pro Jahr (1000 Mrd. Euro)**

**Versorgung von einer Million Flüchtlingen pro Jahr (12,5 Mrd. Euro)**

# Das Elend beenden

Grenzerfahrungen geflüchteter Menschen zwischen Subsahara und Europa



Fraktionsvorsitzende der Partei DIE LINKE und Mitglieder der Rosa-Luxemburg-Stiftung reisten im Herbst 2015 nach Italien und Tunesien, um sich über die Situation der Geflüchteten vor den Toren Europas zu informieren. In einem politischen Reisebericht schildert die Vorsitzende der Bremer Bürgerfraktion, Kristina Vogt, ihre Eindrücke und Erkenntnisse über die aktuelle Migrations- und Asylpolitik in Tunis und Palermo.



Nicht nur aus Syrien, auch aus Afrika flüchten Menschen nach Europa. Sie nehmen den beschwerlichen und oft tödlichen Weg durch die Sahara und über das Mittelmeer auf sich, da sie in Europa auf eine sichere Existenz hoffen. Die Fluchtroute führt dabei durch Nordafrika, meistens über Libyen und Marokko, und endet oft in Abschiebezentren in Italien.

Eine Flucht nach Europa kostet mehr als ein durchschnittliches Jahreseinkommen, und die Flüchtenden nehmen enorme Strapazen und Risiken auf sich. Die Seeroute aus dem afrikanischen Maghreb (Tunesien, Algerien, Marokko, Libyen) nach Italien ist immer noch die tödlichste, 80 bis 90 Prozent der bei der Bootsflucht übers Mittelmeer erfassten Toten sterben auf der Überfahrt von Nordafrika nach Italien.

Wie viele Menschen genau auf dem Weg nach Europa in der nordafrikanischen Wüste oder im Mittelmeer ums Leben kommen, ist unklar. Fakt ist, dass die Fluchtursachen dieser Menschen oft einen „europäischen Ursprung“ haben: Unfaire Handels- oder Landwirtschaftsabkommen zwischen afrikanischen Ländern und der EU sowie Landraub, Spekulationen auf Nahrungsmittel oder die Überfischung der Meere durch europäische Fangflotten zerstören Natur und Existenzbedingungen.

In Tunis wurde der Reisegruppe berichtet, dass es eine starke innertunesische Armutsmigration von Süd nach Nord gibt. Die Armut ist hoch, insbesondere Jugendliche sehen nur in Europa oder Daesch (dem sog. IS) Alternativen zur Perspektivlosigkeit in Tunesien. Nach der tunesischen Revolution von 2011, die nicht

die erhofften Besserungen brachte, gab es eine starke Fluchtbewegung armer Tunesier\*innen. Viele Mütter wissen nicht, was aus ihren jugendlichen Söhnen geworden ist; die Politik ist außerstande, das Land nach vorne zu bringen; Europa schert sich nicht um diese Probleme.

Wer es auf die andere Seite des Mittelmeeres schafft, ist zunächst alles andere als „angekommen“, wie der Besuch der LINKEN-Delegation in einem „Identifikations- und Abschiebezentrum“ im italienischen Palermo zeigte. Wer aus einem Land kommt, mit dem Italien ein „Rückführungsabkommen“ hat, wird unter unerträglichen Bedingungen eingesperrt. Andere werden ohne Registrierung in den Norden gelassen. Diejenigen,

die in Italien bleiben dürfen, arbeiten dort oft als ausgebeutete Tagelöhner in der Landwirtschaft oder Fischverarbeitung.

Ein erstes Fazit: opulistische Forderungen nach härteren Gesetzen werden Menschen, deren Existenz oder Leben bedroht ist, nicht von der gefährlichen und oft tödlichen Flucht abhalten. Es ist daher notwendig, dieser Kurzschluss-Politik und ihren Rufen nach geschlossenen Grenzen realitätsnähere und humane Forderungen nach legaler Migration entgegenzustellen.

Der Reisebericht von Kristina Vogt ist unter [www.kristinavogt.blogspot.de](http://www.kristinavogt.blogspot.de) nachzulesen.

## Impressum

### Herausgeberin:

DIE LINKE. Bremen  
Faulenstraße 75  
28195 Bremen  
Telefon: 0421 - 320 666  
Telefax: 0421 - 320 667  
info@dielinke-bremen.de  
www.dielinke-bremen.de  
V.i.S.d.P.: Andreas Hein-Fogge

**Redaktion und Texte:** Doris Achelwilm, Christoph Höhl, Michael Horn, Sofia Leonidakis, Stefanie Möller, Felix Pithan, Sebastian Rave, Christoph Spehr  
**Layout:** Sebastian Rave

**Fotos:** Seite 1 groß: Michael Horn, klein: Michael Horn, The Migrant Files, Wikimedia Commons. Seite 2: DIE LINKE, Doris Achelwilm. Seite 3: SAV Köln. Seite 4: Sebastian Rave / The Migrant Files. Seite 5: Wikimedia Commons. Seite 6: Kristina Vogt. Seite 7: Michael Horn, Sebastian Rave. Seite 8: Doris Achelwilm, Christoph Spehr, Matthias Rauch

Veröffentlicht im Februar 2016 mit einer Auflage von 20.000 Exemplaren.

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND BREMEN

# »Die Flucht hat sechs Monate gedauert«



*Mahadi floh als Jugendlicher vor den Taliban. In Bremen holte er seinen Realschulabschluss nach, absolvierte erfolgreich eine Ausbildung und arbeitet jetzt im Bremer Süden als Hausmeister einer Notunterkunft.*

**Sie sind 2009 als 16-Jähriger aus Afghanistan geflüchtet. Warum?**

Mahadi: Mein Vater hat gegen die Taliban gekämpft. Die Terroristen haben mich

eingesperrt und geschlagen, um zu erfahren, wo mein Vater ist. Weil er sich selbst gestellt hat, bin ich freigekommen.

Nachdem ich freigelassen wurde, haben meine Mutter und mein Onkel dafür gesorgt, dass ich nach Europa flüchten konnte, weil die Gefahr bestand, dass ich wieder eingesperrt werde. Sie haben Schleuser organisiert, die dafür 12.000 Euro haben wollten.

**Erzählen Sie uns von Ihrer Flucht.**

Die Flucht über den Iran, die Türkei, Griechenland und Frankreich bis nach Deutschland hat insgesamt sechs Monate lang gedauert. Die Fluchtroute ging auch durch die Wüste, teilweise ohne Wasser oder Nahrung. Ich und vier andere aus meinem Dorf sind mit dem Auto zunächst in den Iran geflüchtet. Hier mussten wir uns vor dem iranischen

Militär verstecken, weil die Soldaten den Befehl hatten, sofort auf alle Flüchtlinge zu schießen. Weiter ging es in die Türkei. Dort vergrößerte sich die Gruppe auf circa 40 Personen, die mit dem Boot übers Mittelmeer nach Griechenland geschleust werden sollten. Die erste Mittelmeerüberfahrt gelang nicht, weil der Motor des Bootes defekt war und wir umkehren mussten. Als wir dann nicht in ein anderes Schlauchboot einsteigen wollten, das ein Loch hatte, bedrohten uns die Schleuser mit der Waffe, schossen in die Luft und zwangen uns, trotzdem damit übers Meer mitzufahren. Von Athen aus habe ich viermal versucht, mit dem Flugzeug nach Frankreich zu gelangen. Aber erst beim fünften Mal waren alle Papiere in Ordnung. Von Paris aus ging es weiter mit dem Zug. Eigentlich wollte ich nach Hamburg, weil dort viele

Afghanen leben. In Köln hat mich der Grenzschutz aber aus dem Zug geholt und in einem Jugendheim untergebracht. Anschließend wurde ich in einem Dortmunder Heim einquartiert und später in Bremen, wo ich heute noch lebe. Hier konnte ich die deutsche Sprache lernen, lesen und schreiben. Anschließend habe ich eine Ausbildung zum Konstruktionsmechaniker absolviert und meinen Realschulabschluss nachgemacht.

**Was waren Ihre Erfahrungen hier?**

Negative Erlebnisse hatte ich persönlich keine. Ich fühle mich in Woltmershausen sicher und frei. Als ich dort in meine Wohnung einzog, haben mir die Nachbarn sehr geholfen und einen Minijob besorgt. Mein Lehrmeister hat mich bei Behördengängen super unterstützt. Ich hatte aber sehr viel Heimweh und Seh-

sucht nach meinen Eltern. Das hat mir richtig zu schaffen gemacht.

**Wo lebt Ihre Familie?**

Inzwischen sind auch mein Vater und meine Schwester mit ihrem Mann in Bremen angekommen. Weil das Fluchtgeld nicht gereicht hat, lebt meine Mutter jedoch noch immer im Iran. Wir versuchen aber, sie ebenfalls nach Deutschland zu holen.

**Haben Sie einen Job?**

Ja. Zur Zeit bin ich Hausmeister in einer Notunterkunft für Flüchtlinge. Dabei kommen mir meine Sprachkenntnisse zugute. Ich spreche persisch, türkisch, kurdisch und deutsch und kann deshalb für die Flüchtlinge übersetzen, wenn sie beispielsweise gesundheitliche Probleme oder Termine haben und Formulare ausfüllen müssen.

**Vielen Dank für das Interview!**

## Offene Grenzen – eine Gefahr?

Es ist kein gutes Gefühl, in einem Kontinent zu leben, der umgeben ist von der tödlichsten Grenze der Welt. Bilder wie die des kleinen Aylan Kurdi, der dreijährig im Mittelmeer ertrank, lassen niemanden unberührt. Und seines ist ein tragisches Schicksal unter Zehntausenden. Die mehr als dreiundzwanzigtausend Toten, die die Grenzabschottung Europas allein in den letzten 15 Jahren gefordert hat und weiterhin fordert, bedauern und betauern viele.

Bei der Frage nach Alternativen zur tödlichen Grenzab-

schottung setzt aber oft Ratlosigkeit ein. Die Grenzen zu öffnen, wäre doch auch keine Lösung, man könne ja schließlich nicht die ganze Welt aufnehmen, meinen viele.

Stimmt, die ganze Welt kann nicht auf einem einzigen Flecken leben. Aber wer sagt denn, dass das der Fall wäre bei einer Grenzöffnung? Wir leben doch selbst im besten Beispiel dafür, was passiert oder eben nicht passiert, wenn Grenzen geöffnet werden. Als die Schlagbäume in Europa fielen, gab es jedes Mal Befürchtungen großer Einwanderungsbewegungen, besonders bei der so

genannten Osterweiterung. Eingetreten ist das nie im von den Warnenden vorhergesagten Umfang, und das, obwohl es auch in der EU Länder mit existenzieller Armut gibt.

Unsere bisherige Erfahrung mit Grenzöffnung bestätigt die Befürchtung also nicht, dass sich dann alle auf den Weg machen in die reichen Gegenden. Es gibt für viele Menschen eben auch viele Gründe, genau das nicht zu tun.

Die Erfahrung mit hochgerüsteten Grenzen wie die der EU oder auch zwischen den USA und Mexico ist aber, dass sie einerseits das

Leben vieler kostet, die sie überwinden wollen. Andererseits bringt sie die Überlebenden dazu, selbst wenn sie wollen, nicht in ihre Heimat zurückzukehren – aus Angst, diese Grenze dann nie wieder überwinden zu können. Sie nehmen lieber Illegalität und Ausbeutung in Kauf, als diese riskante Flucht im Zweifel noch einmal machen zu müssen.

Keine Grenze kann komplett geschlossen sein, das muss allen in Europa spätestens nach dem vergangenen Sommer klar sein. Die Grenzabschottung macht die Grenze also nicht dicht, sondern nur gefährlicher. Sie sorgt für

eine Grenzlogik, die globale Finanz- und Warenströme (am besten noch steuerfrei) durchlässt, den Grenzübertritt von Menschen aber illegal macht. Für Schutzsuchende gibt es quasi keinen legalen Weg in die EU.

Auch zu legalen Fluchtwegen gibt es bereits Erfahrungen. Die Schweiz hatte bis 2012 das „BotschaftsASYL“. Flüchtlinge konnten bei schweizerischen Botschaften Asyl beantragen und nach positiver Prüfung mit einem humanitären Visum legal einreisen. Auch das ist eine Art Mini-Grenzöffnung. Es kann ein erster Schritt sein.

# Es ist genug für alle da

Ratschlag der LINKEN zu Flucht, sozialer Frage und Anti-Rassismus

Flucht- und Migrationspolitik ist bei der LINKEN immer Thema. Unser Ziel ist eine sozial gerechte Gesellschaft, die nicht an nationalen Grenzen Halt macht, sondern die Zusammenhänge globaler Armut, Kriege und Umweltzerstörungen sieht und Alternativen einer solidarischen Gesellschaft stark macht. Als die Flüchtlingszahlen im Sommer 2015 auch in Deutschland und Bremen sprunghaft in die Höhe gingen, sahen wir uns vor neue Fragen gestellt. Wie erneuern wir unsere Forderungen vor dem Hintergrund eines Gemeinwesens, das seit Jahren mit dem Argument leerer Kassen kaputtgespart wurde und jetzt vor der Herausforderung steht, mit der Ankunft vieler Neubürger\*innen wachsen zu müssen? Wie schaffen wir das, populistischen Forderungen nach Grenzschiebung und Abschottung wirksam entgegenzusetzen, dass Migration eine Chance ist, vernachlässigte Sozialstrukturen so (wieder-)aufzubauen, dass alle davon profitieren? Was tun wir gegen Rassismus? Schnell war klar: Wir brauchen öffentliche Gelegenheiten, um gemeinsam mit anderen solidarisch Organisierten über die Einforde-

rung sozialer Gerechtigkeit unter neuen Vorzeichen zu reden.

raum, den Umgang mit Hartz IV, den Zusammenhang von Rassismus und

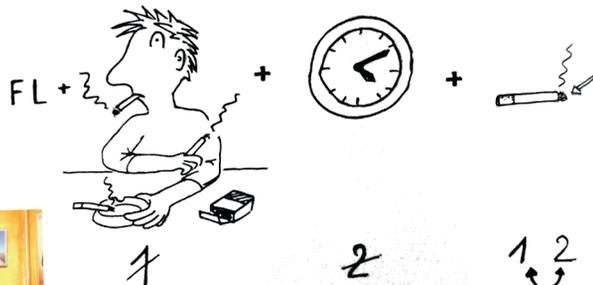


Als Angebot, in diesem Sinne zu diskutieren, veranstalteten wir unter dem Titel „Let's do it: Einwanderung und soziale Kämpfe gemeinsam angehen“ im Dezember einen Ratschlag im Bremer Martinsclub. Auf dieser eintägigen Konferenz, zu der viele Vertreter\*innen lokaler Flüchtlingsarbeit kamen, ging es u.a. um Themen wie die Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohn-

sozialer Frage, um Fluchtursachen und die mediale Inszenierung der sog. „Flüchtlingskrise“ sowie die Selbstorganisation von Geflüchteten. Dieser Ratschlag hat uns gezeigt, dass es lohnt, sich Zeit zum intensiven Austausch zu nehmen und gemeinsam Handlungsperspektiven zu entwickeln, offen Probleme anzusprechen und festzustellen: Es sind viele, die auf eine Gesellschaft des Miteinanders statt der Ausgrenzung und Angst setzen und dafür kämpfen, dass in einem reichen Land endlich zugunsten der Benachteiligten umgedacht und umverteilt wird. Es ist genug für alle da, wenn wir nur wollen und Gesellschaft anders organisieren.

**Fotos und Auswertungen des landespolitischen Ratschlages der LINKEN. Bremen vom 12. Dezember 2015 finden sich unter:**  
[www.dielinke-bremen.de](http://www.dielinke-bremen.de)  
[www.einwanderung-und-soziale-kaempfe.de](http://www.einwanderung-und-soziale-kaempfe.de)

# Bilderrätsel



Das Bilderrätsel ergibt ein Lösungswort mit 13 Buchstaben, das mit dem Schwerpunkt-Thema dieser Zeitung zu tun hat. Zu gewinnen gibt es ein Frühstück für 2 Personen bei Rauchs Cafébar, Langenstraße 74, Bremen. Die Lösung bitte bis zum 16.04.2016 (Datum des Poststempels) einsenden an: DIE LINKE.Bremen, Faulenstraße 75, 28195 Bremen oder per E-Mail unter Angabe der Postadresse an: [preisraetsel@dielinke-bremen.de](mailto:preisraetsel@dielinke-bremen.de).

Die Teilnahme ist für alle möglich, ausgenommen für Mitarbeiter\*innen der Geschäftsstelle der LINKEN und deren Angehörige. Bei der Auslosung der Gewinnerinnen und Gewinner sind der Rechtsweg und die Barauszahlung ausgeschlossen. Die Gewinnerinnen und Gewinner werden direkt benachrichtigt. Adressdaten werden nicht gespeichert oder weiterverwendet.

**Flüchtlingshilfe Bremen**  
 Aktuelle Listen, welche Hilfe und Spenden in welchen Unterkünften gebraucht werden.  
[www.facebook.com/fluechtlingshilfe.bremen](http://www.facebook.com/fluechtlingshilfe.bremen)



**Refugees Welcome**  
 Das Aktionsbündnis Refugees Welcome ("Geflüchtete willkommen!") hat unter anderem eine

**Flüchtlingsrat Bremen**  
 Der Flüchtlingsrat ist ein unabhängiges Netzwerk von Organisationen und Einzelpersonen sowie Fachverband und Beratungsstelle in der St.-Jürgen-Str. 102. Jeden 2. Dienstag im Monat, 18 Uhr, ist offenes Plenum im Diakonischen Werk, Contrescarpe 101 (Nebeneingang Konsul-Hackfeld-Haus, Birkenstraße 34), 5. Stock. Tel. 0421 - 41661218  
[fluechtlingsrat-bremen.de](http://fluechtlingsrat-bremen.de)  
**Internationales Café InCa**  
 Termine ca. alle zwei Monate in verschiedenen Stadtteilen - eine Gelegenheit zum Kennenlernen zwischen Geflüchteten und Langzeit-Bremer\*innen.  
[inca.bremen@gmail.com](mailto:inca.bremen@gmail.com)

große Demonstration für die Aufnahme und den Schutz geflüchteter am 3.10. organisiert und macht jetzt Druck auf die Stadt, leerstehende Gebäude anstelle von Zelten und Turnhallen für die Unterbringung zu nutzen (s.u).  
[www.facebook.com/refugeeswelcomedemo/Bremen.de](http://www.facebook.com/refugeeswelcomedemo/Bremen.de)  
 sammelt Informationen und Kontakte zu verschiedenen Trägern und Initiativen. Vermieter\*innen können hier oder unter 0421 - 3610 Wohnraum anbieten.  
[www.bremen.de/leben-in-bremen/fluechtlinge](http://www.bremen.de/leben-in-bremen/fluechtlinge)  
**Hartz-IV-Beratung**  
[www.bev-bremen.de](http://www.bev-bremen.de)  
 Tel. 0421 - 69512415  
[www.solidarische-hilfe.de](http://www.solidarische-hilfe.de)  
 Tel. 0421 - 1653791

## Symbolischer Beschlagnahme-Spaziergang

Bündnis „Refugees Welcome“ gegen Leerstand

**BESCHLAGNAHMT!**



Trotz aller Versprechen des Senats: Noch immer müssen Geflüchtete in Zelten und Turnhallen leben. Ein Gesetz, das letztes Jahr geschrieben wurde, um leerstehende Häuser zu beschlagnahmen, wurde bisher nicht angewandt. 400 Menschen protestierten im Dezember dafür, dass die Stadt endlich handelt. Sie zogen von der leerstehenden „Dete“ durch die Neustadt, vorbei an vielen anderen leerstehenden Häusern. Eine ähnliche Aktion ist in Walle geplant. Die Forderungen der Organisator\*innen: „Keine Spekulation mit Immobilien! Die Häuser denen, die sie brauchen! Gutes Wohnen ist Menschenrecht!“

**Termin: 20.02.2016: Spaziergang durch Walle**  
 Mehr Infos unter [facebook.com/refugeeswelcomedemo](http://facebook.com/refugeeswelcomedemo)